

Fortschrittsbericht

Bundesregierung lädt zum Dialog – BUND mahnt zur Umsetzung

(BV) – Die Bundesregierung will ihre Nachhaltigkeitsstrategie weiter entwickeln und hat dazu den Entwurf des Fortschrittsberichts 2008 veröffentlicht. Schwerpunkte des Berichts sind Klima und Energie, nachhaltige Rohstoffwirtschaft und demographischer Wandel. Der Entwurf beinhaltet auch eine Bilanzierung der Umweltpolitik in den Bereichen Verkehr, nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion, biologische Vielfalt und Flächenverbrauch.

Von der Erreichung der Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie aus dem Jahr 2002 ist die Bundesregierung dabei meilenweit entfernt – dies zeigt der vorliegende Berichtsentwurf einmal mehr. Gerade die langfristigen Ziele sind aber wegweisend für eine nachhaltige Politik. Der BUND appelliert daher an die Bundesregierung, an ehrgeizigen Zielen für den Klimaschutz, den ökologischen Landbau und den Güterverkehr festzuhalten.

Derzeit steht die tatsächliche Regierungspolitik den Nachhaltigkeitszielen in wichtigen Bereichen diametral gegenüber. So will die Bundesregierung für die deutschen Autohersteller schwächere CO₂-Zielwerte festlegen als für den europäischen Durchschnitt. Außerdem begünstigt die Regierung den geplanten Bau von 25 neuen Kohlekraftwerken und erschwert die Bedingungen für eine umweltgerechte Landwirtschaft.

Demgegenüber muss es nun darum gehen, dass die Nachhaltigkeitsstrategie endlich in das Handeln der Regierung integriert und der Nachhaltigkeitsgedanke zur Maxime des Regierungshandelns aller Ministerien gemacht wird. Die Bundesregierung soll zeigen, dass es ihr ernst ist damit, Nachhaltigkeit nicht nur in schönen Sonntagsreden zu thematisieren, sondern als anspruchsvolles ökologisches Konzept wirklich zum Leitprinzip der konkreten Regierungspolitik zu machen.

Im Herbst will die Bundesregierung den Fortschrittsbericht im Kabinett verabschieden. Bis Ende Juni hat sie Verbände und BürgerInnen öffentlich zu Anregungen und Vorschlägen aufgerufen.

Mehr unter www.dialog-nachhaltigkeit.de und bei der BUND-Nachhaltigkeitsexpertin, christine.wenzl@bund.net, ☎ 030/27586-462. Die BUND-Stellungnahme kann heruntergeladen werden unter www.bund.net/Nachhaltigkeitsstrategie

21 strategische Ziele

(BV) – Die Ziele zur nachhaltigen Entwicklung, die sich die Bundesregierung gesetzt hat, sind überwiegend nicht erreicht worden. Daraus folgt dringender Handlungsbedarf. Das ergibt sich aus dem Ampelbericht, einer Bewertung der 21 Ziele und Indikatoren aus der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie von 2002, die der Rat für Nachhaltige Entwicklung Anfang Mai vorgelegt hat. Der Ampelbericht wurde im Rat in der AG Nachhaltigkeitsstrategie unter Leitung der BUND-Ehrenvorsitzenden Angelika Zahrt erarbeitet. Diese Analyse stimmt mit der Kritik der Umweltverbände an der ungenügenden Politik der Bundesregierung weitgehend überein.

Im Ampelbericht wird das »Ist« und das »Soll« mit roten, gelben und grünen Ampeln bewertet. Die Bilanz zeigt, dass nur 10 der 32 Teilindikatoren grünes Licht erhalten. Für zwei Drittel stehen die Ampeln auf gelb oder rot: Diese Ziele können nicht oder nur durch erhebliches Umsteuern der Politik erreicht werden. Das gilt für die dringend erforderliche Verringerung des täglichen Flächenverbrauchs durch Siedlungsneubau und Straßenbau ebenso wie für die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene. Das gilt auch für die Ausweitung des ökologischen Landbaus und viele weitere Politikfelder. Mit der aktuellen Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie ist die Bundesregierung jetzt gefragt, eine Analyse der Gründe für die Defizite vorzulegen – und: verstärkte Maßnahmen für die Umsetzung der Ziele zu ergreifen. Die Broschüre »Welche Ampeln stehen auf Rot?« ist zu beziehen über info@nachhaltigkeitsrat.de.

Christine Wenzl, BUND-Nachhaltigkeitsexpertin